

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 25. September 2024

§ 273

Postulat Grüne Fraktion «Nutzung von Holz als CO₂-neutraler Baustoff»

(Bericht Regierungsrat, 27.8.2024)

Regierungsrat *Thomas Tschudi* beantragt Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates. – Die Herausforderung besteht darin, nachhaltige und zukunftsfähige Gebäude zu erstellen. Dabei wird oft die Frage gestellt, ob Holz als Baustoff zusätzlich subventioniert werden soll. Der Regierungsrat ist weiterhin der Meinung, dass Holz, Beton oder weitere Baustoffe gleichbehandelt werden sollen und kein Material durch Subventionen bevorzugt werden soll. Dennoch hat der Regierungsrat die mit der Überweisung des Postulats verbundenen Hausaufgaben erledigt. – Jede Bauweise hat ihre spezifischen Vor- und Nachteile. Beton punktet mit hoher Festigkeit und Langlebigkeit, während Holz als nachwachsender Rohstoff mit Blick auf das Klima Vorteile aufweist. Beide Materialien können je nach Bauprojekt die optimale Lösung darstellen. Eine Bevorzugung von Holz würde jedoch den Wettbewerb verzerren und die Bauherren, die das für ihr Projekt beste Material verwenden wollen, einschränken. – Beton bewährt sich seit Jahrzehnten und bietet durch seine Vielseitigkeit und seine Beständigkeit grosse Vorteile, vor allem auch bei komplexen und grossflächigen Bauvorhaben. Zudem wird auch in der Betonindustrie kontinuierlich an umweltfreundlicheren Alternativen gearbeitet, etwa durch die Reduktion der CO₂-Emissionen bei der Produktion oder durch die Bindung des CO₂ im Beton selbst. Eine Subventionierung von Holz allein würde die Fortschritte im Bereich Beton verlangsamen. – Innovation und Nachhaltigkeit entstehen oft durch eine faire Konkurrenz. Es wäre falsch, nur auf einen Baustoff zu setzen. Statt Subventionen für einzelne Materialien sollten allgemein Anreize geschaffen werden, die auf ökologische und wirtschaftliche Effizienz zielen. Die Holz- wie auch die Betonindustrie muss ihren Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten. Dabei sollen sie gleichbehandelt werden. – Die Zukunft des Bauens soll nicht auf ein Material reduziert werden, sondern auf einem fairen Wettbewerb basieren. Das Ziel muss sein, die beste Lösung für nachhaltiges und effizientes Bauen zu finden. Dies erfordert Gleichbehandlung und nicht Bevorzugung.

Frederick Hefti, Ennenda, zeigt sich mit der Beantwortung des Postulats zwar nicht zufrieden, stellt jedoch keinen Antrag. – Bedauerlicherweise muss heute nochmals fast dasselbe Votum gehalten werden wie bei der Überweisung des Postulats vor rund zwei Jahren. Die Postulanten haben gefragt, welche kantonalen Bauprojekte mit Holz realisiert werden könnten. In der Antwort wurde einzig aufgeführt, dass man das Gefängnis nicht mit Holz bauen könne. Bei anderen Projekten seien starre Vorgaben zur Verwendung von Holz nicht zielführend. Die Postulanten fordern allerdings nicht, dass der Kanton nur noch mit Holz baut. Sie wollten nur wissen, welche Projekte mit Holz realisiert werden könnten. Das ist etwas anderes als eine starre Vorgabe. Die Postulanten sind sich sicher, dass es Projekte gibt, die

mit einem Holzbau sinnvoll und nachhaltiger realisiert werden könnten. Die Frage, welche kantonalen Bauprojekte mit Holz realisiert werden können, ist somit nicht genügend beantwortet. – Die Postulanten würden es begrüßen, wenn nachhaltige bzw. erneuerbare Baustoffe wie Holz mit dem Energiefonds gefördert würden. Gemäss Antwort des Regierungsrates ist eine solche Förderung nicht möglich, weil dies zu teuer wäre. Gleichzeitig wird ein paar Zeilen weiter unten vorgeschlagen, dass man mit einem allfälligen Klimafonds den Holzbau im Rahmen von Pilotprojekten fördern könnte. Dass eine solche Förderung kosten würde, ist klar. Sie ist aber nicht per se zu teuer; es kommt darauf an, wie die Förderung ausgestaltet ist und in welchem Rahmen sie sich bewegt.

Darüber hinaus wird das Wort nicht mehr verlangt. Das Postulat ist als erfüllt abgeschrieben.